

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 26.11.2014

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr – 18:08 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	52	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Dr. med. Roland Katzer	Fraktion AfD	dienstlich
Frau Katrin Köhler	fraktionslos	privat
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Heiko Schinkitz	Fraktion DIE LINKE	gesundheitlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Thomas Sänger	Fraktion AfD	15:10; TOP 6; dienstlich
--------------------	--------------	--------------------------

beratend Teilnehmende

Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Petra Liebetrau	Behindertenbeauftragte
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wesseler	Bürgermeisterin Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Katrin Ehnert	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Annekatrien Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech-Döring	amt. Amtsleiterin Amt 15
Frau Conny Frotzsch	amt. Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30

Fraktionsangestellte

Herr Lutz Bartel	Fraktion AFD
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr André Horváth	SPD-Fraktion
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP
Herr René Mann	CDU-Ratsfraktion
Herr Benjamin Sadler	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Anja Schale	Fraktion DIE LINKE

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass die Beschlussvorlagen B-306/2014 (TOP 8.12) und B-350 (TOP 8.14) von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) beantragt den Beschlussantrag BA-031/2014 (TOP 10.3) noch vor den Beschlussvorlagen beraten zu lassen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
 5 Stimmenthaltungen)**

Die Tagesordnung ist mit diesen Änderungen bestätigt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 15.10.2014
-

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich - vom 15.10.2014
-

Mit Beschluss B-225/2014 wurde Frau Utech als Amtsleiterin des Sozialamtes zum frühestmöglichen Termin gewählt.

Mit Beschluss B-230/2014 wählte der Stadtrat Frau Hanisch als Amtsleiterin des Bürgeramtes zum frühestmöglichen Termin.

- 5 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Es gibt keine Informationen der Oberbürgermeisterin.

- 6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass
-

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass seine Fraktion das Zurückziehen der Vorlage zum Technischen Rathaus begrüße. Er informiert, dass die CDU-Ratsfraktion einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt habe, der vor der Entscheidung dringend beantwortet werden sollte. Er plädiert, dass es für die Anbieter und den Fond einen klaren Zeitpunkt gibt zu welchem ein endgültiges Angebot vorliegen müsse.

Zum Haushalt 2015 führt er aus, dass notwendige Eigenmittel benötigt werden, wenn weiter Fördermittel zur Erneuerung von Schulen, Kitas und Infrastruktur investiert werden sollen. Die CDU-Ratsfraktion werde bereits jetzt klare Prioritäten setzen und warnt davor den Weg einer klugen und vorausschauenden Finanzpolitik durch vielfältige Wohltaten nach allen Seiten zu verlassen. Auf Dauer werden keine stetig zunehmenden Steuereinnahmen mehr verbucht werden können. Es müsse am Kurs der Verwaltungsmodernisierung festgehalten werden, um zumindest kleine Spielräume für die Stadtentwicklung zu erhalten. Dazu gehöre auch die Schaffung der geeigneten Strukturen. Zu diesen Strukturen gehören auch eine effiziente Wirtschaftsförderung und ein kreatives Stadtmarketing. Eine eigene Gesellschaft für Stadtmarketing mache dann Sinn, wenn maßgebliche Akteure von Außen auch Gesellschafter sind. Gelingen das nicht, werde unter einem geeigneten Dach und einer geeigneten Führung eine flexible Struktur, die weitere Konzentration der derzeit noch sehr zersplitterten Wirtschaftsförderung und vielfältige Marketingaktivitäten zulässt, benötigt.

Herr Stadtrat Wolf (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) macht Ausführungen zur Diskussion zum Fahrscheinlosen Nahverkehr und sagt, dass sich seine Fraktion positiv daran beteiligt habe. Denn das Ansinnen, ein kostenloses CVAG-Ticket für alle Chemnitzer bereitzustellen, fordere seine Fraktion schon seit der letzten Wahlperiode gemeinsam mit Stadträten der Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter dem Motto Sozialticket. Nach Auffassung seiner Fraktion solle es sich um einen Prüfauftrag an die Stadtverwaltung und Verkehrsbetriebe handeln, was nicht als Zwangsabgabe für alle Einwohner zu sehen sei. Dazu könnte die Oberbürgermeisterin beauftragt werden durch Einwohnerversammlungen und Umfragen festzustellen, ob sich eine Mehrheit unter den Chemnitzer Bürger finden ließe, die für 25 €/Monat ein solches Angebot vorerst ein Jahr verbindlich nutzen würden. Das Modell könnte sich durch den Wegfall von Kontrolleuren finanzieren sowie durch weitere Finanzierung durch die Stadtkasse. Er denke, dass sich dadurch ein stetig wachsender Nutzkreis für die CVAG finden ließe.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht zur Standortzufriedenheit der Unternehmen in Chemnitz. Dabei werden eine Menge Chemnitzer Standortfaktoren als überdurchschnittlich gut im Regionalvergleich beurteilt. Besonders schlecht beurteilten die Unternehmen jedoch die Angebote zur Kinderbetreuung im Gegensatz zu anderen Landkreisen im Kammerbezirk. Vor allem für die wachsende Zahl allein erziehender Mütter sei es schwer, einen Kindergartenplatz zu finden der den wirklichen Arbeitszeiten gerecht werde. Dieser Aufgabe sollte sich der Stadtrat stellen und Lösungen suchen.

Ihn störe vor allem die unterirdische Bewertung beim Stadtmarketing sowie beim Stadtimage, bei der Unternehmensberatung, der Bearbeitungsdauer von Anträgen, der Erreichbarkeit der Verwaltung und der Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte. Dies seien alles Probleme die eigentlich in den Händen der CWE liegen müssten. Diese müsse ansiedlungsbereiten und erweiterungswilligen Unternehmen behilflich sein, aber eher das Gegenteil sei der Fall. Er werde den Eindruck nicht los, dass sich Herr Geißler lieber mit dem Stadtfest und den Tagen der Industriekultur befasse, als sich um Wirtschaftsförderung und Standortmarketing zu kümmern. Deshalb sei die Gründung einer eigenen Stadtmarketinggesellschaft nur ein erster Schritt. Es werde endlich eine funktionierende Wirtschaftsförderung benötigt und es müsse dem Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) spricht zur stattgefundenen Demonstration für eine lebendige Willkommenskultur, in der Menschengruppen nicht durch Verallgemeinerungen und Unwahrheiten zusammengefasst und gemeinschaftlich abgewertet werden. Die Teilnehmer demonstrierten gegen Rassismus und die Entwertung des Menschen, egal welcher Ethnie, Kultur oder Religionszugehörigkeit. Sie demonstrierten für eine Diskussionskultur um Probleme zu lösen, Ängste abzubauen und gemeinsam vorurteilsfrei an einer solidarischen Gemeinschaft mitzuwirken. Die Kundgebung der Initiative „Chemnitz wehrt sich“, war dagegen in erster Linie durch bekennende Neo-Faschisten und Rassisten beherrscht. Die Selbstdarstellung als unpolitische Bürgerinitiative könne nach dieser Kundgebung nicht aufrechterhalten werden. Ihre Fraktion hoffe, dass die rassistische Initiative in der Bevölkerung keinen Fuß fassen könne und dass die Chemnitzer weltoffen und tolerant sind und das als gesellschaftliche Grundnorm anerkennen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) geht anlässlich der Einbringung des Haushalts 2015 auf einige Themen ein. Er sagt, dass auch die Entscheidungen des Stadtrates ganz maßgeblich an der Verbesserung der Haushaltlage der Stadt Chemnitz beigetragen haben. Ohne eine gewisse Haushaltsdisziplin würde heute nicht über einen ausgeglichen Haushaltsplanentwurf für 2015 gesprochen werden können. Wenn Chemnitz weiter erfolgreich gestaltet werden solle, müssen finanzielle Spielräume erhalten bleiben. Das gelte gerade mit Blick auf die zurückgehenden Bundes- und Landesmittel. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung, das daraus resultierende steigende Steueraufkommen und eine dauerhafte Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben seien die Grundlage dafür, dass Chemnitz nach Auslaufen des Solidarpaktes 2019 finanziell auf eigenen Beinen stehen könne.

Ferner schlägt er vor, gemeinsam darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll sei einen Doppelhaushalt zu beschließen. Aus Sicht seiner Fraktion ergeben sich einige Vorteile aus dieser Überlegung. So würde sich z. B. der Abstimmungsaufwand zwischen den Ämtern reduzieren, die Planungssicherheit erhöhen und wertvolle Zeit gespart.

Unabhängig von der jährlichen Beschlussfassung, bedeute vernünftige Haushaltspolitik für seine Fraktion, öffentliche Mittel genau dort einzusetzen wo sie vielen zu gute kommt. Deshalb werde die SPD-Fraktion bei städtischen Förderungen und Investitionsentscheidung auch in Zukunft Prioritäten setzen statt Luftschlösser zu bauen. Der Schwerpunkt werde weiter auf der Sanierung von Schulen, Kitas und Sportstätten liegen.

Zu einer modernen Stadt gehöre auch eine moderne Verkehrspolitik. Das bedeute, dass die städtische Verkehrsplanung die Interessen aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt und vorhandene Barrieren abgebaut werden müssen. Der Erhalt und der Ausbau bestehender Schienenverbindungen in das Umland, der Anschluss an das Fernverkehrsangebot der Bahn und die Erweiterung des Radwegenetzes in der Stadt haben dabei hohe Priorität. Besonders wichtig sei die Steigerung der Attraktivität der Nahverkehrsangebote. Seine Fraktion werde sich bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans für die Verbesserung der Verbindung in die ländlichen Stadtteile und für kurze Taktzeiten bis 20:00 Uhr einsetzen.

Ein Umdenken sei auch bei Straßenbaumaßnahmen nötig. Hier gelte für seine Fraktion der Grundsatz Erhalt vor Neubau. Die SPD-Fraktion fordere mit Hinblick auf die verschiedenen Straßenbaumaßnahmen in letzter Zeit eine frühzeitige und eigentlich selbstverständliche Einbeziehung der Stadträte. Das Informieren seitens der Verwaltung, manchmal auch erst auf Nachfrage, reiche nicht aus.

Abschließend erklärt er, dass die steigende Zahl von Flüchtlingen alle deutschen Städte vor neue Herausforderungen stelle. Die SPD-Fraktion unterstütze das Konzept der dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern, weil es ihre Integration in die Stadtgesellschaft erleichtere. Sie sehe aber auch den Freistaat und den Bund in Verantwortung zeitnah und nicht erst 2017 und 2018 die erforderlichen Kapazitäten zur Aufnahme in Leipzig und Dresden zu schaffen. Der Freistaat Sachsen, die Kommunen und die sächsischen Landkreise dürfen Chemnitz bei der Bewältigung dieser Aufgaben nicht alleine lassen. In diesem Zusammenhang begrüße seine Fraktion die ersten Schritte des Asylgipfels der Staatsregierung mit den Vertretern der kreisfreien Städte und Landkreise. Es gehe bei dem Thema nicht nur um mehr Geld, sondern um die gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung.

7 Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2015

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bringt den Haushaltsplanentwurf ein.

8 Beschlussvorlagen

10.3 Sanierungskonzept Schlossteichinsel
Vorlage: BA-031/2014 Einreicher: SPD-Fraktion, CDU-Ratsfraktion,
Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) erklärt, dass die Schloßteichinsel ein besonderer Ort sei und besondere Fürsorge verdiene. Die Einstellung der finanziellen Mittel in den Haushalt sei hierbei zu kurz gedacht, es sollte eine umfangreichere Planung erfolgen. Dabei sollten die Nutzer mit einbezogen werden und eine konstruktive Bürgerbeteiligung würde somit ermöglicht.

Frau Bürgermeisterin Wesseler informiert über die Rahmenbedingungen und begrüßt den Beschlussantrag. Durch die Verwaltung wurden bereits in den Haushaltsplanentwurf für 2015 30.000 € für die Planung eingestellt. Die Idee sei, dass die Nutzer in die Planung einbezogen werden und diese gleichzeitig Sponsoren akquirieren. Die Möglichkeit von Fördermitteln werde seitens der Verwaltung geprüft.

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) führt aus, dass es seiner Fraktion um die Sache gehe und dass sie deshalb dem gemeinsamen Antrag zustimmen werde.

Herr Stadtrat Wolf (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) bedauert, dass seine Fraktion bei der Einbringung des Beschlussantrages nicht einbezogen wurde, da sie den Beschlussantrag natürlich unterstütze.

Herr Stadtrat Kallscheidt betont, dass es mit dem Beschlussantrag nicht lediglich um die Einstellung von 180.000 € in den Haushalt gehe, sondern dass das Projekt mit den Interessenten gemeinsam konzeptionell geplant werde.

Beschluss BA-031/2014

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Juni 2015 für den Musikpavillon auf der Schlossteichinsel sowie die dazugehörigen Flächen eine Konzeption zu erstellen, die Aussagen über Sanierung, spätere Nutzung und die entsprechende Finanzierung enthält. In die Erarbeitung und Umsetzung der Konzeption sind die bereits tätigen gesellschaftlichen Initiativen einzubeziehen.

Die erforderlichen Planungsmittel sind im Haushalt 2015 bereit zu stellen. Zur Realisierung der Baumaßnahmen ab dem Jahr 2016 wird die Verwaltung beauftragt, aktiv um Spenden und Sponsoringleistungen zu werben. Dabei sind auch Fördermöglichkeiten durch Land, Bund und EU zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

- 8.1 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/Einwohner als beratende Mitglieder in den Verwaltungs- und Finanzausschuss
Vorlage: B-205/2014 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass jeweils geheime Wahl nach § 39 (7) SächsGemO stattfindet, da sich die Ausschüsse als fachlich zuständige Ausschüsse nicht auf die erforderliche Anzahl Bewerber/-innen geeinigt haben und mehr Bewerbungen vorliegen als Plätze zu besetzen sind. Sie schlägt vor, alle drei geheimen Wahlen der TOP 8. 1 – 8.3 in einem Wahlgang mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln durchzuführen. Zu diesem Verfahren gibt es keinen Widerspruch.

Es wird die Wahlkommission mit den Mitgliedern Frau Schale, Herrn Mann, Herrn Horváth, Herrn Jenke, Herrn Sadler, Herrn Bartel und Herrn Felber sowie als Schriftführerin Frau Spangenberg berufen.

- Wahlhandlung -

Die Wahlergebnisse der Wahlen der heutigen Sitzung werden aus Gründen der Lesbarkeit und der Übersichtlichkeit unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt, auch wenn sie erst zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben wurden.

Wahlergebnis:

anwesende Stimmberechtigte:	54
abgegebene Stimmen:	54
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	49
ungültige Stimmen	5
Stimmenthaltungen	0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Brandenburg, Olaf	5 Stimmen
Aldama Regalado, Osmani	41 Stimmen
Dr. Degner, Wolfgang	2 Stimmen
Thümmler, Sascha	43 Stimmen
Franke, Lars	0 Stimmen
Meyer, Wilma	45 Stimmen
Hähner, Kai	38 Stimmen
Dr. Zimmermann, Stefan	6 Stimmen
Weissig, Frank	1 Stimme
Hößler, Robert	2 Stimmen
Fiedler, Heike	2 Stimmen
Renz, Jürgen	42 Stimmen
Hochmuth, Margitta	1 Stimme
Beyer, Anika	0 Stimmen

Beschluss B-205/2014

Der Stadtrat beruft widerruflich durch Wahl

Herrn Osmani Aldama Regalado
Herrn Sascha Thümmler
Frau Wilma Meyer
Herrn Kai Hähner sowie
Herrn Jürgen Renz

als sachkundige Einwohnerin/Einwohner gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz als beratende Mitglieder in den Verwaltungs- und Finanzausschuss:

- 8.2 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/Einwohner als beratende Mitglieder in den Sozialausschuss
Vorlage: B-207/2014 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf. Die Wahl erfolgte zusammen mit TOP 8.1 und 8.3.

Wahlergebnis:

anwesende Stimmberechtigte:	54
abgegebene Stimmen:	54
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	52
ungültige Stimmen	2
Stimmenthaltungen	0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Pastor, Christine	39 Stimmen
Beckert, Ralph	44 Stimmen
Borm, Peter	39 Stimmen
Heymann, Brigitte	1 Stimme
Möstl, Klaus	44 Stimmen
Dr. Heusinger, Jürgen	0 Stimmen
Hetzel, Ines	3 Stimmen
Voigt, Dietlind	2 Stimmen
Seidel, Kerstin	41 Stimme
Thielemann, Rebecca	41 Stimmen
Hochmuth, Margitta	1 Stimmen
Lesch, Wolfgang	7 Stimmen

Beschluss B-207/2014

Der Stadtrat beruft widerruflich durch Wahl

Frau Christine Pastor
 Herr Ralph Becker
 Herr Peter Borm
 Herr Klaus Möstl
 Frau Rebecca Thielemann sowie
 Frau Kerstin Seidel

als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO
 i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz als beratende Mitglieder
 in den Sozialausschuss:

- 8.3 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen/Einwohner als beratende Mitglieder in den
 Planungs-, Bau- und Umweltausschuss
 Vorlage: B-259/2014 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

*Es besteht kein Verhandlungsbedarf. Die Wahl erfolgte zusammen mit TOP 8.1 und
 8.2.*

Wahlergebnis:

anwesende Stimmberechtigte:	54
abgegebene Stimmen:	54
davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen	53
ungültige Stimmen	1
Stimmenthaltungen	0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Schönwitz, Stefan	0 Stimmen
Pritscha, Patrick	6 Stimmen
Dr. Kieselstein, Stefan	3 Stimmen
Schenke, Peter	1 Stimme
Hadjiwassilew, Todor	0 Stimmen
Neubert, Patrick	0 Stimmen
Kaden, Kay	44 Stimmen
Lange, Ulrich	4 Stimmen
Heimann, Frank	1 Stimme
Weber, Bernd	5 Stimmen
Quinger, Sven	0 Stimmen
Amme, Reiner	39 Stimmen
Weissig, Frank	1 Stimme
Lietzbach, Volker	0 Stimmen
Voigt, Dietlind	3 Stimmen
Leonhardt, Ute	0 Stimmen
Heidenreich, Thomas	3 Stimme
Stoll, Rainer	1 Stimme
Lang, Andreas	42 Stimmen
Sahrada, Frank	0 Stimmen
Gruner, Sören	44 Stimme
Möstl, Klaus	41 Stimmen

Beschluss B-259/2014

Der Stadtrat beruft widerruflich durch Wahl

Herrn Kay Kaden
Herrn Reiner Amme
Herrn Andreas Lang,
Herrn Gruner Sören sowie
Herrn Klaus Möstl

als sachkundige Einwohner gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz als beratende Mitglieder in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss:

- 8.4 Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 des Eigenbetriebes "Das TIETZ" der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-274/2014 Einreicher: Dezernat 1/Das TIETZ
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-274/2014

Der Stadtrat beschließt, die RSM Verhülsdonk GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Chemnitz, als Abschlussprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 des Eigenbetriebes „Das TIETZ“ der Stadt Chemnitz und für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 32 Abs. 1 und 2 SächsEigBVO zu bestellen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.5 Vorschlagslisten der ehrenamtlichen Richter der Sozialgerichtsbarkeit
Vorlage: B-277/2014 Einreicher: Dezernat 1/Amt 10
-

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob die vorgeschlagenen Personen die einzigen Interessenten waren.

Herr Bürgermeister Brehm bestätigt dieses und sagt, dass kein Bewerber nicht berücksichtigt wurde.

Beschluss B-277/2014

Der Stadtrat bestätigt die Vorschlagslisten für das Sozialgericht Chemnitz gemäß Anlage 4 und für das Landesozialgericht Chemnitz gemäß Anlage 5.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

- 8.6 Richtlinie zur Regelung des Auswahlverfahrens für die Zulassung zum Chemnitzer Weihnachtsmarkt (Auswahlrichtlinie Chemnitzer Weihnachtsmarkt)
Vorlage: B-342/2014 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-342/2014

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie zur Regelung des Auswahlverfahrens für die Zulassung zum Chemnitzer Weihnachtsmarkt einschließlich der dazugehörigen Auswahlmatrix Attraktivität Chemnitzer Weihnachtsmarkt gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 8.7 Verordnung der Stadt Chemnitz über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2015
Vorlage: B-335/2014 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32
-

Es wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) bittet darum, dass zukünftig wahre Begründungen mit tatsächlichen Ereignissen durch die Händler angegeben werden, so dass der Verordnung mit gutem Gewissen zugestimmt werden könne.

Beschluss B-335/2014

Der Stadtrat beschließt die Verordnung der Stadt Chemnitz über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2015 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage einschließlich der Änderung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(39 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)**

- 8.8 Entgeltordnung Tiefgarage Theaterplatz
Vorlage: B-289/2014 Einreicher: Dezernat 1/SE 17
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-289/2014

1. Der Stadtrat beschließt die Entgeltordnung für die Tiefgarage Theaterplatz gemäß Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage.
2. Der Stadtrat bevollmächtigt die Verwaltung, Rabatte gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage zu gewähren.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 8.9 Neuorganisation im Bereich Kultur - Stadtbibliothek, Volkshochschule, Museum für Naturkunde, Kulturbüro und Musikschule
Vorlage: B-323/2014 Einreicher: Dezernat 5/SE 41/Das TIETZ
-

Zur Beschlussvorlage wurden je ein Änderungsantrag der Fraktionen AfD, Fraktion die Linke und ein gemeinsamer Antrag von Fraktion SPD, Linke und Grünen sowie CDU Ratsfraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Burghardt (CDU-Ratsfraktion) bringt folgenden Änderungsantrag seiner Fraktion ein.

„Der Beschlussvorschlag soll um den Punkt 4 ergänzt werden: „Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis Ende Oktober 2015 ein Gesamtkonzept für den Kulturbetrieb, insbesondere für die im Tietz untergebrachten Kultureinrichtungen Stadtbibliothek, Volkshochschule und Naturkundemuseum vorzulegen.“

Er sagt, die Idee die Einheiten aus dem Tietz, mit Musikschule und Kulturbüro in eine neue Organisationseinheit zu integrieren sei der richtige Schritt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Tietz müssten bewusst in den Aufbau und die Arbeit dieser neuen Struktur einbezogen werden und der/dem neuen Verantwortlichen müsse die Möglichkeit gegeben werden die Dinge auf den Weg zu bringen.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) erinnert, dass die Einrichtung des Kulturkaufhauses vor zehn Jahren eine wegweisende Entscheidung war und zur Belebung der Innenstadt beigetragen habe. Aber die Entwicklung habe sich nicht so positiv fortgesetzt. Die Angebote seien gesunken, die Anziehungskraft habe nachgelassen und die Besucher seien bei steigenden Kosten weniger geworden. Er stellt fest, dass zur Arbeitsgruppe, die sich intensiv mit der Entwicklung des Tietz beschäftigt habe, in der Vorlage kein Wort erwähnt sei. Er sagt, dass gut nachvollziehbar sei, welcher Stellenwert der Arbeitsgruppe durch die Verwaltung beigemisessen wurde, wenn Herr Bürgermeister Rochold sich als zuständiger Bürgermeister aus der Arbeit der Arbeitsgruppe ausgeklinkt habe. Genauso wenig Anteil an der Arbeit der Arbeitsgruppe habe die GGG als Bewirtschafter des Gebäudes genommen. Dies sei ein weiteres Manko, weil ein großer Anteil der Kostenfragen auch mit dem Gebäude zu tun haben.

In der Diskussion seien Kosteneinsparungen nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern Ideen wie die Stärkung des Tietz erreicht und die bisherige Entwicklung umgedreht werden könne. Seine Fraktion werde der Bildung des Kulturbetriebes zustimmen. Zum Änderungsantrag seiner Fraktion nimmt er eine Änderung vor mit welcher bis zum Ende des Jahres 2015 dem Stadtrat ein Gesamtkonzept für die Entwicklung und Stärkung der neuen Einrichtung vorzulegen sei. Mit diesem ausgereichten Änderungsantrag sehe er den Antrag der CDU-Ratsfraktion als gegenstandlos an. Er erklärt, dass Ausgangspunkt dieses Gesamtkonzeptes die Interessen der Besucher sein müssten, so sollten die Petitionsvorlage P-007/2014 und die Ergebnisse der Arbeitsgruppe in das Gesamtkonzept fließen. Wichtig sei ebenso, dass die Mitarbeiter der neuen Einrichtung in die Erarbeitung des Gesamtkonzeptes einbezogen werden. Von der Verwaltungsspitze erwarte seine Fraktion, dass verbindliche Gespräche mit der GGG aufgenommen werden, um vor allem hier die Kosten zu minimieren.

Den Punkt 5 des Änderungsantrages zur energetischen Sanierung zieht er zurück.

Der neue Amtsleiter müsse die Gelegenheit haben sich bei der Erarbeitung des Gesamtkonzepts einzubringen und müsse inhaltlich und strukturell einbezogen werden. Das Amt müsse über eine klardefinierte Leitungsstruktur verfügen wozu seine Fraktion ein Organigramm erwarte.

Abschließend erwähnt er zur Ausschreibung der Stelle des Leiters des Kulturbetriebes, dass diese mehr beinhalten müsse als bisher, da man ja eine Entwicklung des TIETZ erreichen möchte.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass der gemeinsame Änderungsantrag verschiedener Fraktionen grundsätzlich sinnvoll sei. Er betont, dass eine Strukturänderung allein aber keine Probleme löse, sondern nur dabei helfen könne. Als Beispiel nennt er hier die derzeit nicht würdige Unterbringung des Kulturbüros. Für das TIETZ brauche es nach zehn Jahren neue Initialzündungen. Man dürfe dabei nicht an Leistung sparen, sondern es müsse investiert werden. Ein Problem des TIETZ sei z. B., dass der Medienetat von 50.7000 im Jahr 2010 auf 36.1000 im Jahr 2014 gekürzt wurde. Einsparungen könne man an den Betriebskosten vornehmen, hierzu müsse allerdings die GGG die Beleuchtung austauschen.

Er erklärt, dass das Einzige, mit dem das Kulturkaufhaus zurzeit glänze, die hohen Gebühren seien, welche in der Volkshochschule die höchsten und bei der Bibliothek fast die höchsten in Deutschland seien.

Auch der Platz vor dem Tietz brauche dringendst eine Schönheitskur und das Angebot im Erdgeschoss müsse so verbessert werden, dass es einem Kulturkaufhaus gerecht werde. Dabei wäre eine Gastronomie wünschenswert. Viele weitere Anregungen wurden in der Arbeitsgruppe erarbeitet, wozu sich nichts in der Vorlage wiederfinde. Auch die Petition zur Stadtbibliothek, die der Stadtrat im September beschlossen habe, finde sich in keiner der Vorlagen zum wieder, obwohl der Stadtrat beschlossen habe, dass die Petition bei zukünftigen Beschlüssen zu berücksichtigen sei.

Abschließend erklärt er, dass die Einschnitte hätten nicht erfolgen müssen, wenn der Stadtrat früher über das positive Jahresergebnis der Stadt Chemnitz im Jahr 2011 informiert worden wäre. Er hoffe, dass die gut funktionierende Musikschule nicht in den Tietzsumpf hineingezogen werde.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) erklärt, es sei wichtig, dass sich der Stadtrat einig sei, dass die Bildung des Kulturbetriebes der richtige Schritt sei, so wie es 2004 der richtige Schritt war, das TIETZ auf den Weg gebracht zu haben. Es war ein Zeichen für aktive Kulturförderung und Stadtentwicklung. Nun haben sich im Laufe der Zeit Entwicklungen ergeben, die eine Organisationsstruktur erforderliche machen. Er kritisiert, dass bei beginnender Problemlösung weitere Probleme aufgebaut werden, anstatt nach vorn zu schauen. Er bittet um Vertrauen auf dem gemeinsamen Weg und sagt, dass seine Fraktion Änderungsanträge unterstützen werde.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Linke und Grüne und erläutert warum das Stadtarchiv in den Kulturbetrieb eingegliedert werden müsse und dass sich Synergieeffekte für das Archiv ergeben könnten.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) unterstreicht warum der Änderungsantrag ihrer Fraktion wichtig sei. Die Motivation warum das Konzept unbedingt beschlossen werden müsse sei die leidvolle Erfahrung, dass sich die Mühe und guten Ergebnisse der Arbeitsgruppe nicht wiederfinden. Es gehe darum, dass das Tietzkonzept nun endlich die inhaltliche Fundierung erfahre die es benötigt. Es müsse diskutiert und in der Umsetzung auch verstanden werden.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass sie keinen Unterschied zwischen dem Änderungsantrag ihrer Fraktion und dem der CDU-Ratsfraktion erkennen könne.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erwidert zum Redebeitrag von Herrn Stadtrat Brückom, dass er sich nicht sagen lassen müsse, dass er die Kultur in der Stadt schlecht mache. Er sehe es so, dass mit der Neugründung des Kulturbetriebes kein Startschuss in die Zukunft gegeben werde, dies erfolge nur durch Änderung der Leistungen und Angebote durch Investitionen in das Haus.

Herr Bürgermeister Rochold erinnert, dass im Dezember letzten Jahres der Stadtrat beschlossen habe, dass die Verwaltung überprüfen solle, welche Einrichtungen weiter mit aufgenommen werden könnten. Die Aufnahme des Stadtarchivs wurde dabei von Seiten der Verwaltung mit geprüft.

Er sagt, dass als erster Schritt zur Verbesserung eine neue Organisationsstruktur erfolgen müsse und dann die Inhalte angeschaut werden müssen. Er begrüße in diesem Sinne die Änderungsanträge zur Konzepterstellung. Zur Terminstellung für das Konzept durch den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion weist er darauf hin, dass berücksichtigt werden müsse, dass der neue Leiter der Einrichtung die Möglichkeit bekommen müsse mitzuarbeiten. Fraglich sei ob die Zeit bis Oktober 2015 dabei ausreiche.

Zur Aussage des Herrn Stadtrat Gintschel, dass Herr Rochold nicht an den Sitzungen der Arbeitsgruppe teilgenommen habe, stellt er richtig, dass er an Sitzungen teilgenommen habe. Des Weiteren sei vereinbart worden, dass der Leiter des Eigenbetriebes gleichzeitig Vorsitzender der Arbeitsgruppe sein solle und Herr Rochold aus diesem Grunde sporadisch an der Sitzung teilgenommen habe.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass in Abstimmung mit der CDU-Ratsfraktion deren Intentionen im Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE berücksichtigt werden.

Herr Stadtrat Burghardt zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

„Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Punkt ergänzt: „Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis Ende 2015 ein Gesamtkonzept für den Kulturbetrieb, insbesondere für die im Tietz untergebrachten Kultureinrichtungen Stadtbibliothek, Volkshochschule und Naturkundemuseum vorzulegen. Dabei sind die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Zukunftskonzept Tietz“ vollumfänglich vorzulegen und zu bewerten, ebenso wie der Beschluss des Stadtrates zu P-007/2014.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt zum Änderungsantrag der Fraktion AfD, dass durch die Verwaltung im Jahr 2015 die Mittel eingestellt werden bis entschieden sei wie es weitergehe.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion AfD

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(5 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Beschluss B-323/2014

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt:

1. Der Eigenbetrieb Das TIETZ wird zum 01.07.2015 aufgelöst. Es wird zum 01.07.2015 im Dezernat 5 eine neue Organisationseinheit „Amt 41 – Kulturbetrieb“ gebildet, in der die Einrichtungen
 - Stadtbibliothek
 - Volkshochschule und
 - Museum für Naturkundemit den städtischen Einrichtungen
 - Kulturbüro und
 - Musikschule und
 - Stadtarchivunter einer einheitlichen Leitung und Verwaltung zusammengeführt werden.
2. Alle Stellen und Beschäftigten des TIETZ werden in die Stadtverwaltung integriert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die organisatorisch, personalwirtschaftlich und finanztechnisch erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis Ende 2015 ein Gesamtkonzept für den Kulturbetrieb, insbesondere für die im Tietz untergebrachten Kultureinrichtungen Stadtbibliothek, Volkshochschule und Naturkundemuseum vorzulegen. Dabei sind die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Zukunftskonzept Tietz“ vollumfänglich vorzulegen und zu bewerten, ebenso wie der Beschluss des Stadtrates zu P-007/2014.

**Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

8.10 Honorarordnung der Stadt Chemnitz für die Volkshochschule Chemnitz
Vorlage: B-261/2014 Einreicher: Dezernat 5/Das TIETZ

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-261/2014

Der Stadtrat beschließt die Honorarordnung der Stadt Chemnitz für die Volkshochschule Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

- 8.11 Entgeltordnung der Stadt Chemnitz für die Volkshochschule Chemnitz
Vorlage: B-232/2014 Einreicher: Dezernat 5/Das TIETZ
-

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktion AfD ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion AfD

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(2 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen
3 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-232/2014

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt die Entgeltordnung der Volkshochschule gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)**

- 8.12 Künftige Unterbringung der Organisationseinheiten des Technischen Rathauses durch Beendigung der bestehenden Mietverträge für den Standort Annaberger Straße 89-93 sowie Annahme eines Mietangebotes
Vorlage: B-306/2014 Einreicher: Dezernat 1/SE 17
-

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 von der Tagesordnung abgesetzt.

- 8.13 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Mehrbedarf von Mietzahlungen des Verwaltungsstandortes "Technisches Rathaus" in Höhe von 750.000 €
Vorlage: B-283/2014 Einreicher: Dezernat 1/SE 17
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-283/2014

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in der Produktuntergruppe 11136 „Gebäudemanagement und Hochbau“ für Mietaufwendungen des Technischen Rathauses in Höhe von 750.000 € wie folgt:

Die Mittelbereitstellung erfolgt entsprechend der Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

- 8.14 Grundsatzentscheidung über die künftige Zuordnung und Struktur des Chemnitzer Stadtmarketings
Vorlage: B-350/2014 Einreicher: Oberbürgermeisterin/00.1
-

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 von der Tagesordnung abgesetzt.

- 8.15 Vollzug der Beurkundung des Erbbaurechtsausdehnungsvertrages zum Grundstück Fürstenstraße 145, Flurstück 128/159 der Gemarkung Gablenz als Erweiterung des bestehenden Erbbaurechtes über das Schulobjekt an der Fürstenstraße 147 zugunsten des Montessori-Vereins Chemnitz e. V.
Vorlage: B-313/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 23
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-313/2014

Der Stadtrat beschließt, die rechtsgeschäftliche Genehmigung der Stadt Chemnitz zur Wirksamkeit der Notarurkunde vom 27.06.2014 mit der Erweiterung durch Ausdehnung des bestehenden Erbbaurechtes am Schulobjekt Fürstenstraße 147 und der Neubestellung am Grundstück Fürstenstraße 145 zugunsten des Montessori-Vereins Chemnitz e. V. zu erteilen.

Wesentliche Eckpunkte des Erbbaurechtsausdehnungsvertrages:

Grundstück: Fürstenstraße 145

Flurstück: 128/159

Gemarkung: Gablenz

Größe: 14.967 m² gesamt

davon betroffen: ca. 12.717 m²

Der Ausübungsbereich erstreckt sich nicht auf das Turnhallegebäude Fürstenstraße 145 a und zu diesem gehörenden Nebenflächen (Anlage 3 – grün schraffiert).

Erbbauzins: a) bestehend bleibender Erbbauzins (Schulimmobilie Fürstenstraße 147)

jährlich 21.750 € (725.000 € x 3 % = 21.750 €) für die Dauer der Nutzung des Schulgebäudes als Montessori-Schule

b) Erstreckung des Erbbaurechtes (Schulimmobilie Fürstenstraße 145)

jährlich 6.075 € (202.500 € x 3 % = 6.075 €), beginnend ab Schulnutzung, spätestens ab 01.01.2019 für die Dauer der Nutzung der Schulgebäude als Montessori-Schule oder für einen vergleichbaren Zweck

c) Gesamterbbaurecht (Schulkomplex Fürstenstraße 145 und 147)

jährlich 27.825 € (927.500 € x 3 % = 27.825 €) beginnend ab Schulnutzung, spätestens ab 01.01.2019 für die Dauer der Nutzung der Schulgebäude als Montessori-Schule oder für einen vergleichbaren Zweck

Investition: Investitionsmaßnahmen auf dem Erstreckungsgrundbesitz (Schulimmobilie Fürstenstraße 145) sind innerhalb von 1 Jahr nach Beurkundung des Erbbaurechtsvertrages zu beginnen und nach 5 Jahren abzuschließen.

Dienstbarkeit: Erbbauberechtigte räumt der Stadt Chemnitz das unentgeltliche Recht ein, den vorhandenen Weg als Zugang/Zufahrt zur Turnhalle 145 a und deren Umgebungsfläche zu begehen, zu befahren sowie zum Abstellen von Fahrzeugen zu benutzen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

- 8.16 Änderung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 09/06 "Technopark Süd" und Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 09/06 "Technologie-Campus Süd", Teilgebiet Fraunhoferstraße
Vorlage: B-343/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert darüber, dass die Nummerierung im Beschlussvorschlag, Anlage 1 Seite 4 richtig 3., 4., 5. lauten müsse.

Beschluss B-343/2014

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Aufstellungsbeschluss Nr. B-153/2009 des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 21.04.2009, geändert mit Beschluss Nr. B-272/2012 vom 02.10.2012, wird wie folgt geändert:
Der bisherige Plantitel für das Gesamtgebiet des Bebauungsplans Nr. 09/06 „Technopark Süd“ wird ab sofort geändert in Bebauungsplan Nr. 09/06 „Technologie- Campus Süd“.
2. Die Abwägungen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 09/06 „Technopark Süd“
3. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung des Gesetzes vom 15. Juli 2014 (BGBl. S. 954), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S.200), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 02. April 2014 (SächsGVBl. S.238, 258), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. März 2014 (SächsGVBl. S.146), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 02. April 2014 (SächsGVBl. S.234, 237), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den Bebauungsplan Nr. 09/06 "Technologie-Campus Süd", Teilgebiet Fraunhoferstraße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), in der Fassung vom 02.10.2014 als Satzung (Anlage 3 der Beschlussvorlage).
4. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 02.10.2014 (Anlage 4) wird gebilligt.

5. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.17 Annahme von Spenden
Vorlage: B-360/2014 Einreicher: Dezernat 1/Amt 21
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-360/2014

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt die Annahme der angebotenen Spenden gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

- 9 Informationsvorlagen
-

- 9.1 Information über die Forsteinrichtungsplanung im Kommunalwald der Stadt Chemnitz für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2024. Vorstellung des strategischen Betriebskonzepts sowie der mittelfristigen Betriebsziele.
Vorlage: I-062/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 67
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 9.2 Zusammenlegung des Schulverwaltungsamtes mit dem Sportamt zum neuen Amt 40 - Schul- und Sportamt
Vorlage: I-063/2014 Einreicher: Dezernat 1/Amt 10
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 10 Beschlussanträge
-

- 10.1 Kostenlose Schülerbeförderung in Chemnitz
Vorlage: BA-028/2014 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
-

Zum Beschlussantrag wurde ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion und Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN sowie eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP) bringt den gemeinsamen Änderungsantrag ein. Er erinnert, dass es in Chemnitz die Intention gab, 50 % der Fahrtkosten durch die Kommune zu tragen. Hierzu fehle jedoch bislang der Beschluss. Mit dem Änderungsantrag solle ein neuer Anlauf zusammen mit den Elternvertretungen genommen werden um eine Lösung zu finden. Um tragfähige Lösungen zu finden müsse das Gespräch mit dem Verkehrsverbund und den Gemeinden, aus welchen Schüler Chemnitzer Schulen besuchen, gesucht werden.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Änderungsantrag nur abgelehnt werden könne und macht hierzu Ausführungen, dass ein Antrag zur Schülerbeförderung durch den Landtag wesentlich mit den Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt worden sei.

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) stellt fest, dass es mit dem Änderungsantrag genau um das gehe, was die Fraktion DIE LINKE auch wolle. Er findet es bedauerlich, dass der Änderungsantrag nicht der Sache wegen abgelehnt werde, sondern weil er von der FDP-Fraktion komme. Er möchte den Beschlussantrag zurückziehen und den Änderungsantrag der FDP-Fraktion/Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN unterstützen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass bei Zurückziehen des Beschlussantrages der Änderungsantrag ebenfalls nicht mehr zur Abstimmung gebracht werden könne, da er keine Basis mehr habe.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) weist auf das geplante einheitliche Sachsenweite und kostengünstige Bildungsticket hin, zu welchem bis 31.12.2015 in Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern ein Vorschlag erarbeitet werde.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (CDU-Ratsfraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und äußert seine Bedenken, dass der Beschlussantrag aufgrund der fehlenden Deckungsquelle unzulässig sei.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) erklärt, dass der Beschlussantrag nicht zurückgezogen, sondern im Sinne des Änderungsantrages geändert werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion/Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Beschluss BA-028/2014

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu berechnen, welche Kosten für den städtischen Haushalt nach Abzug aller Zuschüsse ab dem Schuljahr 2015/2016 entstehen würden, wenn der Eigenfinanzierungsanteil der Eltern entfielen und die Stadt 100 Prozent der Kosten übernehme. Explizit sind die zu erwartenden Einspareffekte durch den sich damit erübrigenden Verwaltungsaufwand für das bisherige Kostenerstattungsverfahren aufzuschlüsseln. Dazu ist bis 17.12.2014 eine Informationsvorlage zu erstellen.
2. Die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz wird beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens 31.01.2015 den Entwurf einer Satzungsänderung der Schülerbeförderungskostensatzung zum Beschluß vorzulegen, welcher die in 1. ermittelnden Daten einbezieht und eine kostenlose Schülerbeförderung im Stadtgebiet ermöglicht. Die zu erwartenden Kosten sind bei der Haushaltsplanerstellung ab 2015 zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

10.2 Rettung des Pavillons auf der Schloßteich-Insel
Vorlage: BA-029/2014 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) beantragt Nichtbefassung.

Abstimmung über den Antrag auf Nichtbefassung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

10.4 Gestaltungs- und Standortkonzept Wochenmarkt
Vorlage: BA-030/2014 Einreicher: Fraktion AfD

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) bringt den Beschlussantrag ein.

Beschluss BA-030/2014

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur nächsten Sommerpause ein Gestaltungs- und Standortkonzept des Wochenmarktes (mit den nachfolgenden Punkten) zur Beschlussfassung vorzulegen, in Zusammenarbeit mit den Markttreibenden und innerstädtischen Einzelhändlern bzw. ihren Interessenvertretungen.

1) Die Pläne der mobilen Verkaufsstände und das Äußere der Verkaufswagen (mittels Klebefolien) sollen eine einheitliche Farbgestaltung erhalten, vorzugsweise in den Farben unserer Stadt.

2) Als dauerhafter Standort für den Wochenmarkt sollen nicht nur der Haupt- und Neumarkt zur Entscheidung stehen, sondern anstelle dessen auch die bisherigen Ausweichquartiere auf dem Wall oder im Rosenhof.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

11 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) fragt, ob aus der Sicht der Stadtverwaltung die diskutierte ÖPNV-Abgabe für alle mit dem Kommunalabgabengesetz vereinbar ist.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP) bittet zur neuen Tempo-30-Zone auf der Chemnitztalstraße um Benennung der angefallenen Kosten für den Aufwand der Kabelverlegung für die Ampelschaltung sowie die damit verbundenen Kosten für Bauampeln, Verkehrsführung usw.

Weiter möchte er wissen, ob bei der Feinstaubmessung auf der Chemnitztalstraße auch die Auswirkungen der veränderten Ampelschaltung auf die Dorfstraße beachtet wurden bzw. ob Nachmessungen durchgeführt werden, um eine Wirksamkeit der Maßnahme nachzuweisen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) informiert zum Haus der Kreativität, dass der Träger die Information erhalten habe, dass die Förderung Ende 2014 ausläuft. Sie fragt wie die Begründung für das Ende dieser Förderung lautet.

Zum Haushalt des Amtes für Jugend und Familie für 2014 möchte sie wissen, wie hoch die Restmittel in diesem Haushalt sind.

12 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Müller (Fraktion DIE LINKE) und Herr Stadtrat Bauer (SPD-Fraktion) bestätigt.

09.12.2014 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

09.12.2014 *Müller*
Datum Müller
Mitglied
des Stadtrates

10.12.2014 *Bauer*
Datum Bauer
Mitglied
des Stadtrates

08.12.2014 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin